



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

12. Sitzung vom 14. Dezember 2009

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 - 21.15 Uhr

Leitung: M. Ziegler

Anwesend: 39 Mitglieder

Abwesend: A. Gerber

Präsident:

Protokoll:

Markus A. Ziegler

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten:

M. Ziegler: Leider haben Katrin Amacker und Daniela Migliazza auf Ende Jahr ihren Rücktritt eingereicht. Er wird die beiden am Schluss der Sitzung verabschieden.

Aus der BaZ hat er entnehmen müssen, dass ein Binninger Gemeindepolizist wegen einer lächerlichen Parkbusse vom fehlbaren Automobilisten angefahren wurde. Er findet das Vorkommnis und die allgemeine Tendenz zur schnellen Gewaltanwendung bestürzend. Er wünscht dem betroffenen Mitarbeiter gute Besserung.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Dringliche Motion FDP/SVP: Ein Binninger Trainingslokal für den Binninger Schwingclub; Gesch. Nr. 80
- Postulat CVP: Schaffung von zusätzlichen Praktikumsplätzen bei der Gemeindeverwaltung Binningen für junge Arbeitslose; Gesch. Nr. 75

Präsident M. Ziegler erläutert, dass wenn eine 2/3-Mehrheit die Motion für dringlich erklärt, noch heute Abend die Eintretensdebatte stattfindet. In Anbetracht der kurzen Traktandenliste beabsichtigt er, die entsprechende Abstimmung als letztes Traktandum vor Varia vorzunehmen.

Gegen dieses Vorgehen wird kein Einspruch erhoben.

Traktanden**Gesch. Nr.**

1. Genehmigung des Protokolls vom 23.11.2009
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.9.2009 und Bericht / Antrag der GRPK vom 26.11.2009:
Voranschlag 2010 Finanzplan 2011 - 2014 60
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.11.2009:
Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege: 76
 - Erlass Baulinienplan Hohlegasse
 - Zonenplanmutation
4. Bericht / Antrag der GRPK vom 10.9.2009:
Budgetierungsvorgang in Primarschule / Kindergarten sowie zur Budgetierung und Kostenentwicklung in der Musikschule 70
5. Erste Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats zum Postulat der GRPK vom 10.9.2009:
Budgetierung Schule allgemein / Musikschule 71
6. **Dringliche Motion / Diverses**

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 23.11.2009 wird genehmigt.

Traktandum 2**Gesch. Nr. 60**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.9.2009 und Bericht / Antrag der GRPK vom 26.11.2009:

Voranschlag 2010, Finanzplan 2011 - 2014

GRPK-Präsident F. Dietiker beschränkt seine Ausführungen auf drei wesentliche Punkte. Für das nächste Jahr präsentiert sich die Situation nicht rosig aber zufriedenstellend. Die Steuereinnahmen werden spürbar sinken, ebenso jene der Unternehmenssteuer, weil die Steuersätze der letzteren aufgrund der kantonalen Gesetzgebung reduziert werden müssen. Die Auswirkungen des horizontalen Finanzausgleichs werden sich in der Rechnung in Mehrausgaben gegenüber früherer Jahre niederschlagen. Dennoch wird für 2010 ein kleiner Überschuss budgetiert und der Selbstfinanzierungsgrad über acht Jahr wird noch 101 % betragen.

Der Finanzplan zeigt aber klar, dass der Selbstfinanzierungsgrad ab 2011 deutlich unter 100 % sinkt. Einige GRPK-Mitglieder sind unzufrieden, dass der Gemeinderat seine Budgetrichtlinien und die Einsparungen nicht im vorgesehenen Umfang eingehalten hat. Die Kommissionsmehrheit hat jedoch der Exekutive das Vertrauen ausgesprochen, da eine umfassende Aufgabenüberprüfung derzeit vorgenommen wird. Bis Ende April wird dargelegt, wie die Senkung erreicht werden soll. Zum Schlossacker: Der neue § 41 der Gemeindeordnung kommt erstmals zur Anwendung. Die Abschreibungsdauer wird von 8 auf 16 Jahre verdoppelt. Wie dies konkret umgesetzt wird, ist noch offen; deshalb ist das Projekt im Finanzplan noch nicht bereinigt aufgeführt. Auch darüber wird der Gemeinderat in seinem Bericht Ende des ersten Quartals informieren. Die wenigen Abweichungen gegenüber den gemeinderätlichen Anträgen finden sich unter Punkt 5 des Kommissionsberichts.

Eintreten:

SVP: C. Anliker dankt dem Abteilungsleiter M. Isler für die gute Zusammenarbeit. Leider ist diese nicht mit allen Verwaltungsangestellten möglich. Kreative Buchhaltung ist im Hinblick auf das Budget, und insbesondere bezüglich Abschreibungspraxis, für den Gemeinderat kein Fremdwort. Es entsteht der Eindruck, dass diese nach Lust und Laune gehandhabt wird. Weil das Budget bis auf den letzten Franken ausgeschöpft wird und als Folge von WoV nicht mehr ersichtlich ist, wo welche Gelder hin fliessen, kann der Gemeinderat tun, was er will. WoV steht daher für "weiter ohne Vermögen". Der Einwohnerrat kann seine Aufgabe nicht mehr wahrnehmen, der Überblick geht verloren, offenbar auch für den Gemeinderat. Jedenfalls gelang es, nur eine Viertelmillion statt einer ganzen einzusparen. Zu spät werden die Aufgaben überprüft in Anbetracht, der grossen Projekte, wie Schlossacker, Sanierung Schulhaus Spiegelfeld usw. Überlegungen zur Finanzierung sind daher dringend. Steuererhöhungen sind jedoch das falsche Mittel. Seine Fraktion will auf das Geschäft eintreten, wird aber in der Detailberatung noch diverse Anträge stellen.

FDP: G. Metz: Seine Fraktion wird den GRPK-Anträgen zustimmen; dies aber nur, weil der Gemeinderat beabsichtigt, eine umfassende Aufgabenüberprüfung vorzunehmen. Der Finanzplan 2011 - 2014 ist unerfreulich. Massnahmen sind notwendig, wenn Binningen auch weiterhin zu den steuergünstigen Gemeinden gehören will. Aus diesem Grund wurde die Beibehaltung des Steuerfusses von 46 % unterstützt.

SP: D. Migliazza: Im Hinblick auf die ausgewiesene Finanzierungslücke besteht akuter Handlungsbedarf. Es stehen grosse Investitionen an, die grösstenteils als Folge eines gesetzlichen Auftrags unumgänglich sind. Ausserdem weist die Basellandschaftliche Pensionskasse ein erhebliches Defizit auf; auch die Gemeinden werden als Arbeitgeber z. T. dafür aufkommen müssen. Die angestrebte Aufgabenüberprüfung wird jedoch kaum ausreichend sein. Eine Steuererhöhung in der heutigen Wirtschaftslage ist nicht opportun. Nachdrücklich möchte sie aber darauf hinweisen, dass anlässlich der letzten Steuersenkung die Bürgerlichen versprochen, bei grossen Investitionsprojekten Hand zu bieten für eine Erhöhung. Ihre Fraktion ist für Eintreten und behält sich einen entsprechenden Antrag für nächstes Jahr ausdrücklich vor.

Grüne/EVP: A. Jagtap: Der Voranschlag 2010 präsentiert sich noch passabel. Unter anderem führen die geplanten Grossbauten dazu, dass die Prognose danach düster ist. Laut Finanzplan fehlen

bis 2014 rund 13 Mio. Franken. Wird nicht gehandelt, besteht die Gefahr, dass die notwendigen Kredite vom Volk abgelehnt werden. Skepsis herrscht in seiner Fraktion, ob die Aufgabenüberprüfung ausreichend Einsparungen ergeben wird. Dass in dieser Situation an eine Steuererhöhung gedacht wird, ist naheliegend, was aber die vier teuren Bauvorhaben gefährden könnte. Daher müssen Prioritäten gesetzt werden. Für die Grünen/EVP haben dies: die Sanierung des Schulhauses Spiegelfeld, das dortige Sportzentrum und das Altersheim Schlossacker. Für einen gemeinsamen Werkhof mit Bottmingen werden die Finanzen nicht ausreichen, zudem ist dieser nicht dringend. Die Volksabstimmung zum APH und eine Steuererhöhung werden fast gleichzeitig anstehen, was heikel ist. Trotz allem will seine Fraktion auf die Vorlage eintreten.

CVP: L. Metzger dankt Gemeinderat und Verwaltung für den Voranschlag, welcher im Vergleich zum letzten Jahr leserfreundlicher geworden ist. Das Eintreten ist unbestritten. Wie im Finanzplan aufgezeigt, geraten die Finanzen wegen der vorgeschriebenen Selbstfinanzierung ab 2011 in Schieflage. Die Diskussion über Einnahmenerhöhungen und Ausgabensenkungen ist daher dringend.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Keller* hält fest, dass bereits im Bericht vor einem Jahr auf die inzwischen manifesten Probleme hingewiesen wurde. Zweifelsohne wäre es denkbar ungeschickt, wenn dem Volk der Kredit für das APH vorgelegt würde und zur Finanzierung eine Steuererhöhung schmackhaft gemacht werden müsste. Deshalb muss sorgfältig abgewogen werden, wann welche Projekte realisiert werden sollen sowie was nur wünschbar bzw. absolut notwendig ist. Bei der Überprüfung der Aufgaben wird auch über einschneidende Massnahmen und vorgegebene Standards zu diskutieren sein. Der Gemeinderat hat die Prognose der Steuereinnahmen des Kantons für 2010/11 übernommen. Ob sie zutrifft, wird sich in den nächsten Monaten abzeichnen.

Detailberatung zu den Leistungsaufträgen

SVP: U.-P. Moos: Bei den Steuern und Finanzen auf Seite 20, Pt. 2.1a, beantragt er, dass die Verwaltung künftig nur noch 60 statt der bisher vorgegebenen 80 % der Steuerveranlagungen selber erstellt.

Gemeinderat M. Keller hält fest, dass dieser Punkt bereits Gegenstand einer Überprüfung ist.

Präsident M. Ziegler äussert seine Bedenken, eine Produktbeschreibung zu ändern. Seiner Meinung nach müsste vielmehr ein entsprechendes Ziel formuliert und Antrag gestellt werden.

SVP: U.-P. Moos sieht keine andere Möglichkeit, als dies jetzt einzubringen. Wie er weiss, müssen Steuerzahler/innen wegen Kleinstbeträgen Rechenschaft abliefern, was als Schikane empfunden wird. Aufwand und Ertrag stehen in keinem vernünftigen Verhältnis und verbrauchen unnötig viele Personalressourcen.

FDP: G. Metz: Eine diesbezügliche Diskussion ist nicht im Plenum, sondern in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu führen, insbesondere weil der Gemeinderat bereits Abklärungen eingeleitet hat. Die Konsequenzen müssen sorgfältig abgewogen werden.

CVP: L. Metzger pflichtet dem Vorredner zu. Er stellt den Ordnungsantrag, die Diskussion abzubrechen und abzustimmen.

Präsident M. Ziegler wendet ein, dass im Moment noch kein konkreter Antrag der SVP vorliegt.

U.-P. Moos verzichtet auf einen Antrag und bedauert, dass seine Fraktion in der GRPK nicht zum erhofften Ziel gelangt ist.

SP: A. Braun bricht eine Lanze für die sorgfältig arbeitenden Gemeindeangestellten; bekanntlich macht Kleinvieh auch Mist.

SVP: U.-P. Moos stellt Antrag Beim Leistungsauftrag 3, zum ersten Wirkungsziel betr. familienexterne Kinderbetreuung, soll der Standard neu: 90 % innerhalb von 6 Monaten statt 3 Monate lauten.

://: Mit deutlichem Mehr wird der SVP-Antrag zur Änderung des o. e. Standards abgelehnt.

SVP: C. Anliker beantragt beim Leistungsauftrag 4, Seite 46, 1. Leistungsziel, Pt. 4.1, der Standard 2 soll lauten: mindestens 90 % (statt 50 %) der Primarschulkinder besuchen die Bibliothek mindestens einmal jährlich.

://: Mit deutlichem Mehr wird der SVP-Antrag zur Änderung des o. e. Standards abgelehnt.

SVP: U.-P. Moos stellt folgenden Antrag: Auf Seite 47, 3. Leistungsziel betr. Binner Beiträge an die städtischen Zentrumsleistungen: Der Betrag soll wie früher auf CHF 70'000 (statt 100'000) gekürzt werden.

://: Mit deutlichem Mehr wird der SVP-Antrag zur Änderung des o. e. Leistungsziels abgelehnt.

SVP: U.-P. Moos votiert zu Seite 50, 5. Wirkungsziel betr. guter saisonaler Auslastung der Ferienheime, dass Wyssachen verkauft werden sollte und eine andere Trägerschaft gefunden werden muss. Die vorgesehenen Investitionen sind auf Eis zu legen, bis die entsprechenden Abklärungen vorliegen. Auch mit Gegenmassnahmen sind die vorgegebenen 16 Wochen Belegung illusorisch.

SVP: C. Anliker: Antrag zum Leistungsauftrag Bildung auf Seite 59, Wirkungsziel 5: Der Standard soll neu lauten: *Die Betreuungselemente werden ab dem 3. Betriebsjahr (statt 5.) durchschnittlich von mind. 10 Kindern besucht.*

://: Mit deutlichem Mehr wird der SVP-Antrag zur Änderung des o. e. Standards abgelehnt.

SVP: C. Anliker: stellt Antrag zum Leistungsauftrag 5 auf Seite 60, Wirkungsziel 3: Der Standard soll neu lauten: *Wird ein Mittagstisch neu eingerichtet, so darf die Durchschnittszahl während maximal zwei Jahren (statt drei Jahren) unterschritten werden.*

://: Mit deutlichem Mehr wird der SVP-Antrag zur Änderung des o. e. Standards abgelehnt.

Präsident M. Ziegler: Die GRPK hat zum Leistungsauftrag Nr. 8 (Seite 108 /109) zwei Anträge gestellt betr. Gemeindestrassen und -verkehr.

GRPK-Präsident F. Dietiker erläutert diese kurz. Die Deckbelagsanierung Neubadrain und die Umgestaltung der dortigen Kreuzung sollen zusammen mit dem Bachdurchlass Dorenbach als Gesamtvorlage dem Einwohnerrat unterbreitet werden. Der Aufwand, diesen Budgetposten aus der Laufenden Rechnung herauszunehmen, wäre unverhältnismässig gross gewesen; daher verzichtete die GRPK darauf.

Fast einstimmig wird beschlossen:

- ://: 1. Der Leistungsauftrag 8 wird mit folgenden Vorgaben der GRPK genehmigt:**
- **Leistungsziele / Produktbudgets: Prod. 8.2 Gemeindestrassen: Die Deckbelagssanierung Neubadrain, die Umgestaltung der Kreuzung Neubadrain sowie der Bachdurchlass Dorenbach sind in eine Gesamtvorlage zu integrieren und dem Einwohnerrat vorzulegen. Die für die Deckbelagssanierung notwendigen Mittel von CHF 65'000 bleiben in der laufenden Rechnung eingestellt.**
 - **Prod. 8.3 Gemeindestrassen: Die Ersatzbeschaffung der Radaranlage ist dem Einwohnerrat in einer separaten Vorlage zu unterbreiten.**

EVP/Grüne: P. Buess erkundigt sich beim Leistungsauftrag 9, Seite 136, 5. Leistungsziel, wie viele Haushalte Unterstützung erhielten und in welchem Mass. Wenn es, wie er vermutet, keine entsprechenden Haushalte gegeben hat, würde er auf Streichung dieses Leistungsziels plädieren, was ehrlicher wäre.

Gemeinderätin A. Mati antwortet, dass gemäss Legislaturprogramm Fördermassnahmen geplant sind. Das entsprechende Konzept ist krankheitsbedingt leider in Verzug geraten, doch streichen möchte sie das Leistungsziel vorläufig nicht.

Mit 37 Ja und 2 Nein wird beschlossen:

://: 1. Die Leistungsaufträge werden genehmigt.

Abstimmung: 30 Ja bei 9 Enthaltungen:

**://: 2. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer.**

Präsident M. Ziegler lässt über die beiden Steueransätze für juristische Personen abstimmen.

Mit 36 Ja bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Ertragssteuersatz beträgt 2 %, der Kapitalsteuersatz 1.75 ‰.

Mit 38 Ja und 1 Nein wird beschlossen:

://: 3. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.

Mit 31 Ja bei 8 Nein wird beschlossen:

://: 4. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 36'780'337 für folgende Produktgruppen werden genehmigt:

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 671 761
Steuern		348 403
Gesundheit		4 005 791
Kultur, Freizeit, Sport		3 404 425
Bildung		14 851 227
Öffentliche Sicherheit		1 010 610
Soziale Dienste		6 033 965
Verkehr, Strassen		2 667 695
Versorgung		700 016
Raumplanung, Umwelt		1 086 446

://: 5. Die Positionen ausserhalb des Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 36'797'100 werden genehmigt.

://: 6. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2010 wird mit Aufwendungen von CHF 70'004'913, Erträgen von CHF 70'021'676 und einem Ertragsüberschuss von CHF 16'763 genehmigt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 7. Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:

Fahrzeuersatz Werkhof	CHF	45 000
Abwasserleitungsbau Hölzlistrasse		200 000

://: 8. Das Investitionsbudget 2010 mit Ausgaben von CHF 4'220'000, Einnahmen von CHF 468'000 und Nettoinvestitionen von CHF 3'752'000 wird zur Kenntnis genommen.

SVP: U.-P. Moos stellt den Antrag, die 11'340 Stellenprozente um 200 zu kürzen. Die Begründung ist die gleiche wie vor einem Jahr. Binningen braucht keine Kommunikations- und keine Umweltbeauftragte. Zudem wurden in den letzten Jahren diverse Immobilienverwaltungen extern vergeben. Statt nur vom Sparen zu reden, sollte heute damit begonnen werden.

://: Mit 30 Nein, 8 Ja bei 1 Enthaltung wird der SVP-Antrag auf Reduktion der 11'340 Stellenprozente um 200 Stellenprozente auf 11'140 abgelehnt.

://: 9. Der Stellenetat für 2010 wird mit 11'340 Stellenprozenten genehmigt.

://: 10. Vom Finanzplan 2011 - 2014 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3**Gesch. Nr. 76**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.11.2009:

Schlossacker, Zentrum für Wohnen und Pflege:

- **Erlass Baulinienplan Hohlegasse**
- **Zonenplanmutation**

Eintreten:

FDP: W. Müller gibt bekannt, dass seine Fraktion den gemeinderätlichen Anträgen zustimmen wird. Zur Baulinie: Der Lift zur Erschliessung des Altersheims Schlossacker ist neu bei der Einstellhalle der Post geplant. Gemäss Baureglement muss ein Abstand von vier Metern zum Strassenrand der Hohlegasse oder 7 m Abstand zur Strassenachse eingehalten werden. Mit dem neuen Baulinienplan kann der Lift näher zur Strasse bzw. innerhalb der Baulinie erstellt werden. Zweitens wird die Zone ÖW-Anlage zur Zone Wohnen im Alter, Alters- und Pflegeheim, eine rein formelle Angelegenheit. Trotzdem sind die Anträge wichtig, um die kantonale Baugenehmigung zu erhalten. Diese beinhaltet wiederum die Bauauflagen, die für die Detailplanung relevant sind.

SVP: R. Ewald ist namens seiner Fraktion bereit, die Anträge zu genehmigen. Trotzdem einige Anmerkungen: Der öffentliche Lift wird nicht wie ursprünglich geplant bei der Haltestelle Hohlegasse eingebaut, sondern hinten versteckt an der Wand des Postgebäudes. Je nach Ausleuchtung des Vorplatzes kann dies Vandalismus Vorschub leisten. Bei der ursprünglichen Variante bei der Haltestelle hätte die Mitfinanzierung durch die Stockwerkeigentümer im ehemaligen UBS-Gebäude ins Auge gefasst werden können. Am neuen Standort dient der Aufzug ausschliesslich Bewohnern und Gästen des APH. Zudem war in den 32 Millionen ein Lift vorne in den Kosten inbegriffen. Dies muss aber nun auch für die neue Variante und dem Kostendach von 42 Millionen gelten.

SP: T. Rehmann: Der Baulinienplan Hohlegasse ist unbestritten ist. Was die Zonenplanmutation betrifft, wüsste ihre Fraktion gerne, weshalb die Parzellen 13 und 261 nicht einbezogen wurden. Wie sie erfahren hat, ist für einen Spielplatz keine Umzonung notwendig, und für die Parzelle Nr. 13 sei es angeblich noch zu früh. Sie meint, auf diese Weise wäre eine separate Vorlage vermieden worden. Früher oder später muss ohnehin eine Umzonung vorgenommen werden.

CVP: L. Metzger: Was mit den beiden anderen Parzellen geschieht, ist umstritten, insbesondere der Verkauf der Liegenschaft. Es geht um einen sehr hohen Betrag, welcher sich auf das ganze Projekt auswirkt. Aus diesem Grund befürwortet seine Fraktion das Vorgehen des Gemeinderats.

SP: T. Rehmann wendet ein, dass der Einwohnerrat mit dem Kredit für das APH den Abbruch der Liegenschaft beschlossen hat.

Stellungnahme des Gemeinderats: *Gemeinderätin A. Schuler* erklärt: Würden die anderen beiden Parzellen jetzt schon umgezont (derzeit W2b), verlören sie an Wert. Die entsprechende Abschreibung würde bereits im Sommer 2010 fällig, auch der Selbstfinanzierungsgrad würde sinken. Der Spielplatz wird erst in ca. drei Jahren - im Zuge der Umgebungsgestaltung des APH - erstellt. Weder eine Umzonung noch ein Baugesuch sind für einen Spielplatz zwingend. Damit der Zeitplan für den Schlossacker eingehalten werden kann, bittet sie den Rat, heute die vorliegenden Anträge zu genehmigen.

Die Aussage von R. Ewald bezüglich Liftstandort trifft zu. Die UBS hat seit vielen Jahren Pläne in der Schublade, welche jedoch bisher nicht über ein Anfangsstadium hinaus gediehen sind und auch in näherer Zukunft nicht realisiert werden. Es macht keinen Sinn, den Lift vorne zu bauen, wenn die UBS irgendwann ihre Pläne komplett ändert. Zudem ist ein Lift für die Bewohnerinnen dieser Liegenschaft nicht nötig, weil Aufzüge im Haus innen vorhanden sind. Die Bewohner/innen und Besucher/innen vom Schlossacker werden wohl fast ausschliesslich den Lift hinten benützen.

Detailberatung: keine Wortmeldungen.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 1. Der Baulinienplan Hohlegasse wird beschlossen.

Mit 32 Ja, 2 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 2. Die Zonenplanmutation OeWA für die Parzelle Nr. 12 wird beschlossen.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 70

Bericht / Antrag der GRPK vom 10.9.2009:

Budgetierungsvorgang in Primarschule / Kindergarten sowie zur Budgetierung und Kostenentwicklung in der Musikschule

Traktandum 5

Geschäft. Nr. 71

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 10.11.2009 zum Postulat der GRPK:

Budgetierung Schule allgemein / Musikschule

Präsident M. Ziegler schickt voraus, dass dieses Geschäft von der Traktandenliste im Oktober gestrichen wurde mit der Absicht, das darauf basierende Postulat gleichzeitig zu behandeln.

GRPK-Präsident F. Dietiker: Eine Subkommission hat sich mit dem Budgetierungsprozess im Schulbereich befasst sowie die Kostenentwicklung in der Musikschule genauer untersucht. Das nachfolgende Postulat mit Aufträgen an den Gemeinderat ist das Resultat davon. In diesem Bereich kann der Einwohnerrat kaum Einfluss nehmen, insbesondere auch auf die Personalkosten weil übergeordnetes Recht gilt. Im Weiteren ist die Schulbehörde primär zuständig. Einzig der Sachaufwand ist in bescheidenem Mass beeinflussbar. Es zeigte sich, dass der Budgetierungsvorgang zu keinen Beanstandungen Anlass gibt. Bereits ist eine bessere Übereinstimmung von Voranschlag und Ist-Zustand erreicht worden. Ihr spezielles Augenmerk richtete die GRPK auf die in den letzten Jahren stetig angewachsenen Kosten der Musikschule. Leistungsmässig ist die Musikschule Binningen - Bottmingen sehr erfolgreich. Die Nachfrage nach Musiklektionen ist ungebrochen hoch. Auch die alle paar Jahre stattfindenden Musicals sind unbestritten. Im Postulat Nr. 71 wird der Gemeinderat aufgefordert, ein paar Punkte zu prüfen in der Meinung, dass sich auch eine erfolgreiche Musikschule ständig weiterentwickeln muss.

Eintreten:

Grüne/EVP: R. Bänziger: Wie bereits vom Vorredner erwähnt, ist die Musikschule ein Erfolgsmodell. Erwiesenermassen ist die musikalische Erziehung überaus wichtig für die Entwicklung von Kindern. Im Vergleich zu anderen Gemeinden sind die Kosten für Musikstunden pro Schüler/in niedrig. Diese Institution eignet sich nicht als Sparobjekt. Ihre Fraktion will das Postulat aus folgenden Gründen dem Gemeinderat nicht überweisen: Der Ansatz des Vorstosses geht in die falsche Richtung, denn die Eltern entscheiden über Art und Dauer des Musikunterrichts. Sie werden kaum kürzere Lektionen akzeptieren; 25 Minuten sind das absolute Minimum. Gruppenunterricht kann für Kinder sehr motivierend sein, dies setzt aber eine homogene Zusammensetzung voraus und eine bestimmte

Anzahl Anmeldungen für ein Instrument. Zudem muss das Alter der Schüler/innen etwa übereinstimmen. Die Musicals dürfen nicht aus Spargründen gestrichen werden.

FDP: S. Kaiser fokussiert den Blick auch auf die Musikschule. Bedauerlich ist, dass der Kostenverrechnungssatz im interkommunalen Austausch seit Jahren nicht mehr angepasst wurde, was dringend nötig wäre, um mindestens die anfallenden Kosten besser zu decken. Die 40 Minuten dauernden Lektionen einerseits und das formulierte Ziel, die Wartefristen abzubauen andererseits verursachen hohe Kosten. Obwohl die Durchschnittswerte gemäss Leistungszielen innerhalb der Norm liegen, wäre eine Abweichung nach unten zumutbar. Interessant wäre in diesem Zusammenhang zu erfahren, wie hoch die Kosten pro Einwohner/in sind. Für Grossprojekte sollten die Aufträge erst vergeben werden, wenn der notwendige Kredit vom Einwohnerrat bewilligt wurde. Eine Defizitgarantie durch die Gemeinde per se darf nicht erwartet werden. Mehr ökonomisches Denken ist angebracht. Seine Fraktion begrüsst daher die Überweisung des Vorstosses.

Grüne/EVP: S. Eser: Von ökonomischer Ausrichtung in Bezug auf die Musikschule zu sprechen, irritiert ihn. Gerade jene von Binningen - Bottmingen ist sehr erfolgreich; den Sparstift hier anzusetzen hält er für verfehlt.

SP: B. Jost erachtet es als richtig, dass vorsichtig budgetiert wird. Bei den Lohnkosten könnte dies allerdings zu Budgetüberschreitungen führen. Erfreulich ist, dass die Musikschule einen guten Ruf hat, doch Qualität hat auch ihren Preis. Ziel muss es bleiben, möglichst vielen Kindern den Zugang zur Musik zu erschliessen. Die Angebotspalette ist breit. Im Vergleich mit anderen Gemeinden bewegt sich Binningen bezüglich finanziellem Aufwand im unteren Bereich. Die Fraktionsmehrheit teilt die Ansicht, dass die aufgeführten Punkte zu untersuchen sind.

SVP: U.-P. Moos: Obwohl die Musikschule zweifellos eine gute Sache ist, dürfen die Kosten nicht im bisherigen Mass rapid ansteigen. Von Sparen ist deswegen noch keine Rede. Die postulierten Forderungen gehen eher zu wenig weit. Der Gemeinderat könnte direkt die nötigen Massnahmen einleiten. Es stellt sich für ihn die Frage, weshalb es nur eine Musikschule gibt, nicht aber eine besondere Förderung für Begabte in Physik, Chemie oder Biologie.

CVP: K. Amacker erklärt, dass ihre Fraktion die Überweisung unterstützt. Geschätzt werden die hohe Qualität und der gute Ruf der Musikschule, trotzdem soll sie etwas genauer unter die Lupe genommen werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *N. Schwarz* ist erfreut über die grundsätzliche Zustimmung zur Musikschule. Auch für sie weist der GRPK-Bericht interessante Überlegungen und Details auf. Entsprechende Abklärungen sind bereits eingeleitet worden.

SP: V. Dubi erläutert, dass Musikunterricht heutzutage aufgrund des Bildungsgesetzes einen viel höheren Stellenwert hat und daher nicht mehr fakultativ ist, wie noch vor einigen Jahren. Jedes Kind hat Anrecht auf Musiklektionen.

Und *R. Bänziger, Grüne/EVP*, fügt im Anschluss auf die Frage von U.-P. Moos an, dass Physik und Biologie in der Primarschule im Fach Mensch und Umwelt enthalten sind, Musik jedoch nicht mehr ein Unterrichtsfach ist. Aus diesem Grund braucht es eine spezielle Schule dafür.

://: Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.

Mit klarem Mehr wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6:**Gesch. Nr. 80****Dringliche Motion FDP/SVP: Ein Binnerer Trainingslokal für den Binnerer Schwingclub**Eintreten zur Dringlichkeit:

FDP: G. Metz begründet die Dringlichkeit damit, dass mit dem kürzlichen Volksentscheid zur freiwilligen Nachmittagsbetreuung ab Schuljahr 2010/2011 der Schwingclub schon bald sein Übungslokal räumen muss. Er ist davon überzeugt, dass der Gemeinderat die Variante Athletikhalle nicht nochmals sorgfältig prüft, wenn er dazu nicht gezwungen wird. Eine bezahlbare Binnerer Lösung ist zu bevorzugen.

SVP: C. Schaub eröffnet, seine Partei kämpfe seit je her für den Erhalt von Traditionen.

Präsident M. Ziegler bittet, sich vorerst auf die Begründung der Dringlichkeit zu beschränken.

GLP: M. Hopf empfindet die Dringlichkeit als Zwängerei. Es erstaunt ihn ohnehin, weil sonst Volksentscheide für die SVP sakrosankt sind. Er findet es fehl am Platz, nach dem klaren Votum für eine Nachmittagsbetreuung Opposition zu machen. Die Dringlichkeit hält er für nicht gegeben.

SVP: U.-P. Moos: Seine Fraktion respektiert den Volksentscheid. Wäre die Nachmittagsbetreuung abgelehnt worden, hätte seine Partei eine dringliche Motion lanciert, damit diese trotzdem eingeführt worden wäre, und zwar an beiden Standorten. Der Gemeinderat hat nun zwei Monate Zeit, auf die Motion zu reagieren. Fällt eine Sitzung aus, so könnte es März/April werden. Die baulichen Massnahmen müssen jedoch früher umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass die Schwinger im Februar spätestens März das Lokal freigeben müssen. Daher plädiert er für Unterstützung der Dringlichkeit.

B. Gehrig würde gerne die Meinung des Gemeinderats erläutern. Er erachtet es als problematisch nur über die Dringlichkeit zu beschliessen, weil sich beim Eintreten auf das Geschäft inhaltlich etwas anderes ergeben könnte.

Präsident M. Ziegler beruft sich auf die Geschäftsordnung, welche dieses Vorgehen vorschreibt.

Gemeinderat B. Gehrig erklärt, dass aus Sicht der Exekutive keine Dringlichkeit gegeben ist.

Die notwendige 2/3-Mehrheit von 26 Stimmen wird nicht erreicht.

://: Die Motion wird nicht dringlich erklärt.

Diverses

Gemeinderat M. Keller weist darauf hin, dass am 20. Dezember, zwischen 17.00 und 18.30 Uhr ein Apéro auf dem Schlossplatz stattfindet und lädt alle Anwesenden dazu ein.

Präsident M. Ziegler verabschiedet Kathrin Amacker. Sie war seit 1. Juli 2004 im Einwohnerrat und bis Juni 2007 Mitglied der GRPK. Zudem war sie Mitglied der Spezialkommission Personalreglement. Im Herbst 2007 wurde sie in den Nationalrat gewählt und kürzlich nun auch in die Parteileitung der CVP Schweiz, was eine grosse zeitliche Belastung bedeutet.

Daniela Migliazza ist als Parteilose in der SP-Fraktion am 1. Dezember 2005 im Rat nachgerückt. Sie hatte das Vizepräsidium Parkraumreglement inne, ausserdem war sie Mitglied der Kommissionen für das Vergütungs- und Personalreglement. Letzten Sommer wurde sie Mitglied der GRPK. Er empfand die Zusammenarbeit mit den beiden Rätinnen als sehr fruchtbar. Er wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. Und schliesslich gratuliert M. Ziegler Rahel Bänziger, welche demnächst im Landrat nachrücken wird.

Und schliesslich wird wie üblich am 4. Januar 2010 der Neujahrsapéro im Kronenmattsaal offeriert.